

SSIP Mitteilungen

10-
12
2002

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 32719

<i>Geschäftsstelle</i>	c/o Dr. Armin Triebel Fon (030) 85 10 33 90 eMail atriebel@zedat.fu-berlin.de	Wielandstr. 35 D-12159 Fax (030) 83 87 07 27)	Berlin
------------------------	--	--	--------

<i>Redaktion Berlin</i>	Dr. Armin Triebel		
<i>Außenstelle Bonn</i>	Dr. Dieter Danckwortt Fon (0228) 28 30 75	Gierolstraße 45 D-53127 Fax (0228) 28 30 85	Bonn

Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme e.V.

wünscht seinen Mitgliedern und Lesern

ein persönlich erfolgreiches und ein global friedliches Jahr 2003



...Die Themen diesmal...

Aktuelles	3	J. Jugendpolitik	7
Mitteilungen	3	K. Kooperationen.....	7
A. Politik Interkulturellen Handelns	3	M. Migration und Ausländerpolitik.....	8
B. Interkulturelle Bildung.....	4	N. Nachrichten von unseren Mitgliedern.....	9
C. Global Politics	5	Das Dokument	
E. Europa, europäische Identität	6	1: Dr. Azmi Bishara erhält den Ibn Rushd Preis..	10
F. Aus der Forschung.....	6	2. Friedenspolitik ist Weltinnenpolitik	12
I. Internationale Tourismuspolitik.....	7	Tagungskalender.....	14
		Auch das noch.....	20

.....**SSIP intern**.....

Mitgliederversammlung 2002

Am 20. November 2002 hat die ordentliche Mitgliederversammlung des SSIP in Potsdam im Rahmen der Tagung "Die islamische und die westliche Welt im Medien-Dialog" stattgefunden.

Unter den 14 Tagungsordnungspunkten war auch die Neuwahl des Vorstandes. Jochen Mangold (Bonn) ist als Stellvertreter ausgeschieden.

Den neuen **Vorstand** bilden:

Dr. Armin Triebel, Berlin (Vorsitzender)

Dr. Petra Feil, Berlin (Stellvertreterin)

Prof. Dr. Kurt Düwell, Düsseldorf (Stellvertreter)

Die Mitglieder des SSIP erhalten die Tagesordnung zusammen mit dem vorliegenden Heft der *Mitteilungen* bzw. mit den Spendenbestätigungen für 2002 zugeschickt. Sie erhalten außerdem eine in der Gestaltung verbesserte Fassung des SSIP-Porträts ("*flyer*").

Der Haushalt des Jahres 2001 wurde genehmigt und dem alten Vorstand Entlastung erteilt.

Geschäftsstelle Berlin

Schon des öfteren angekündigt: Nun wird es Ernst: Der SSIP hat ab Januar 2003 wieder eine voll funktionierende Geschäftsstelle.

Geschäftsführerin ELISABETH KALLENBACH, Ethnologin, tatkräftig, umsichtig und langjährig im SSIP, eröffnet das SSIP-Büro in

D-10317 Berlin, Pfarrstr. 134

Tel. (030) 554 969 40

eMail: ekallenbach@web.de

Fax-Nummer und die eMail-Adresse bleiben vorerst erhalten. Der Vorstand ist nach wie vor erreichbar unter (030) 85 10 33 90.

Tagung zum Euro-Islamischen Dialog

The Islamic and the Western World in the Media Dialogue

Die Tagung zum Thema "Medien und euro-islamische Beziehungen", die Rahmentagung für die diesjährige SSIP-Mitgliederversammlung, fand dank einer vom Deutschen Akademischen Austauschdienst finanzierten Hochschulpartnerschaft zwischen der Universität Potsdam und Teheran statt. Im Zentrum standen zwei Podiumsdiskussionen, die eine mit Vertretern von nationalen und internationalen Medienunternehmen aus dem europäischen wie dem islamischen Raum, die andere mit Experten aus dem Bereich der Sozial- und Medienwissenschaften aus dem deutschsprachigen und dem iranischen Raum. Insbeson-

dere waren die Fernsehanstalt Al Jazeera vertreten durch Frau Jian Al Yacoubi, die zum Gründungsteam gehörte, das iranische Fernsehen durch den Vizepräsidenten des Fernsehens und Rundfunks der Islamischen Republik Iran, das Zweite Deutsche Fernsehen durch Ulrich Tilgner, den Nah- und Mittel-Ost-Korrespondenten sowie der Berliner "Tagesspiegel" durch seinen verantwortlichen Redakteur für Politik.

Die regionalen Medien Irans haben über diese Veranstaltung positiv und teilweise umfassend berichtet; die Resonanz in den deutschen Medien und insbesondere bei den Berliner Universitäten ließ zu wünschen übrig. Die Tagung trug den Charakter einer Arbeitstagung, in der bestehende Projekte vertieft und ausgeweitet wurden. Ein Projekt wurde auf den Weg gebracht, in dem es um die Erforschung der unterschiedlichen Medienwirklichkeiten geht, die von bedeutenden internationalen Medienunternehmen wie CNN, BBC World, Al Jazeera und Euronews auf globalen Kommunikationsebenen geschaffen werden (der Vergleich von sog. 'Agenda-Setting-Prozessen'), ein Gemeinschaftsunternehmen der Universität Potsdam, der *University of Tehran* und der Universität Luzern (Schweiz).

An der Universität Potsdam besteht in verschiedenen Fakultäten Interesse an einer Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen aus dem islamischen Raum — man denke nur an die Entwicklung des **Forschungsschwerpunkts "Orient-Okzident"** und die erhoffte Gründung eines Forschungsinstituts "Lepsius'- Haus" in Potsdam. An der Hochschule für Film und Fernsehen könnten vorhandene Kontakte genutzt werden, um iranisch-deutsche Dokumentarfilme zu erstellen, und es wäre möglich, im Bereich der **Journalistenausbildung** mit Medienanstalten aus dem islamischen Raum enger zusammenzuarbeiten; das könnte positive Auswirkungen auf den Standort "**Medienstadt Babelsberg**" haben. Man kann sich die Einrichtung von "**Potsdamer Medientagen**" vorstellen, die sich mit Fragen des Meinungsaustauschs und Problemen von Meinungsbildungsprozessen in der islamischen und europäischen Öffentlichkeit und deren gegenseitiger Wahrnehmung beschäftigen. Auf diese Weise liesse sich auch ein politisches Forum schaffen, auf dem ein **Dialog im Zeichen der Toleranz-Idee** zwischen Orient und Okzident gefördert werden könnte. Vergleichbare Aktivitäten und Formen der Zusammenarbeit mit islamischen Ländern existieren in Deutschland bisher noch nicht. Angesichts der Tatsache, daß auch in Zukunft das euro-islamische Verhältnis dauerhaft in den Schlagzeilen bleiben und für die globale Positionierung Europas folgenreich sein dürfte, liegt die öffentliche Bedeutung solcher Vorhaben auf der Hand.

Quelle: Morandi / at.

... Aktuelles ...

Treiben die USA zum Krieg?

Von unserem Mitglied Matthias Otten (Freiburg) erreichte uns in letzter Minute eine Petition in Form eines eMail-Briefes im Schneeballsystem, deren Urheber nicht klar sind. Die Petition richtet sich jedenfalls an die UNO.

Der Text lautet:

The United States of America is at the moment ready to dictate a war. Today we find ourselves worldwide in an unequal balance which could lead to a Third World War. If you likewise disapprove of the current situation, the UNO is ready to receive signatures which would help to avoid this tragic happening.

Der eMail-Brief, der die SSIP-Redaktion erreichte, enthielt 476 Namen vorwiegend aus Südamerika, der Schweiz und Deutschland. Folgendes Vorgehen wird von den Initiatoren empfohlen:

Please copy this e-mail and insert in a new mail, sign your name at the end [of the following list] and send to persons you know. If you receive a list of over 500 names, kindly send a copy to:

The United Nations. [mailto: inquiries@un.org](mailto:inquiries@un.org)
Even if you decide not to sign your name, do forward this petition onwards.

Der SSIP kann bei Lage der Dinge nichts anderes, als in der gegenwärtigen kritischen Weltlage dazu aufzurufen, die UNO und die besonnenen Stimmen dort zu unterstützen und dies – gegen alle, die glauben, Weltpolitik in Rambo-Manier machen zu können – auch kundzutun. Nichts rechtfertigt nach allem, was bisher bekannt ist, ein militärisches Vorgehen gegen den Irak, wie immer man zu der im Irak herrschenden Klasse stehen mag.

.....Mitteilungen.....

A. Politik Interkulturellen Handelns

A1/02-4: Ibn – Rushd – Preis für Azmi Bishara

Ein Polizei-Bus dezent auf dem hinteren Teil des Parkplatzes, ein Taxifahrer, der seinen Fahrgast um



Dr. Azmi Bishara

der guten Sache Willen unentgeltlich zur "Werkstatt der Kulturen der Welt" in Berlin befördert — dort fand am 14. Dezember 02 die Verleihung des *Ibn-Rushd-Preis für freies Denken* statt. Ibn Rushd ist westlichen Gebildeten eher als **Averroes** bekannt. Diesem Universalgelehrten zu Ehren, der zwischen Antike, Christentum und Islam eine schwer zu überschätzende Vermittlerposition einnahm, vergibt die Ibn-Rushd-Gesellschaft e.V. seit 1999 den nach diesem Gelehrten benannten Preis. Unter den früheren Preisträgern ist der Fernsehsender Al-Jazeera.

Der Preisträger 2002, Dr. **Azmi Bishara** ist Palästinenser und israelischer Staatsbürger und erhielt den Preis wegen seines Eintretens für Demokratie und Pluralismus. Er ist Mitbegründer des Palästinensischen "Instituts für Demokratie-Studien" in Ramallah und seit 1996 Abgeordneter in der israelischen Knesset. Bis zu seiner Parlamentszugehörigkeit war er Inhaber des Lehrstuhls für Kulturwissenschaft, Philosophie und Politische Theorie an der dortigen *Bir-Zeit*-Universität. Er gilt in der arabischen Welt als Experte für die Theorie der **Zivilgesellschaft** und hat darüber 1995 ein Standardwerk veröffentlicht.

Als arabischer Politiker setzt er sich für die Gleichberechtigung der arabischen Bürger in Israel, für Demokratie in der arabischen Welt und für die Trennung von Staat und Religion ein. Gerade diese politischen Ziele haben allerdings zeitgleich mit der Preisverleihung in Berlin dazu geführt, daß die Wahlliste seiner Partei, der NDA (*National Democratic Assembly*), vom israelischen Generalstaatsanwalt, Elyakim Rubinstein, zurückgewiesen wurde. Dieser zog dafür ein Gesetz heran, wonach Listen verboten werden können, die explizit oder implizit die Existenz Israels als eines Staates der Juden ablehnen. Wenn das Wahlkomitee diesem Verlangen folgt, würde das Azmi Bishara, den einzigen Kandidaten seiner Partei in der Knesset, unmittelbar treffen.

Der Preisverleihung wohnten weit über 100 Zuhörer und Gäste bei. In der Diskussion, die an die Reden des Laudators, Prof. Dr. Alexander Flores (Bremen), und des Preisträgers anschloß, wurden kritische Fragen gestellt, natürlich auch zu den Selbstmordattentaten. Diese bezeichnete Bishara als Zeichen dafür, daß es der arabischen Seite an einer klaren Strategie des Widerstandes mangle, und als Akte der Frustration, die nicht dazu geeignet seien, Israel zu politischen Maßnahmen zu zwingen. Um aus dem Konflikt herauszukommen, müsse die palästinensische Politik der israelischen Seite **Alternativen des Handelns** bieten. Israels Strategie sei seit langer Zeit das Aufteilen der "Nicht-Juden" in Splittergruppen. "Wir sind aber", sagte Bishara, "eine nationale Einheit auf arabischer Grundlage."

Kontakt: www.ibn-rushd.org

Quelle: AT / Ibn-Rushd e.V.

A2/02-4: Jugendzentrum in Burundi erhält den "alternativen Nobelpreis"

Am 9. Dez. hat das Jugendzentrum *Centre Jeunes Kamenge* in Bujumbura, der Hauptstadt von **Burundi**, in Person seiner Leiter Pater Claudio Marano und Guillaume Harushimana in Stockholm den Alternativen Nobelpreis empfangen.

Anfang der 90er Jahre erhielt Pater Claudio Marano, ein italienischer **Xaverianer**, vom Erzbischof von Bujumbura den Auftrag, im bitterarmen und ethnisch explosiven Norden der Stadt ein Jugendzentrum zu gründen. Junge Tutsi und Hutu sollten hier lernen, ihre Freizeit gemeinsam zu gestalten und Konflikte gewaltfrei auszutragen. Im Verlauf des Bürgerkrieges wurde das Gebäude zeitweise zu einem Hospital der "Ärzte ohne Grenzen", dann zur Kaserne. 1995 begannen die Xaverianer mit dem Wiederaufbau. 40 meist ehrenamtlich tätige Helfer haben eine anscheinend funktionierende Insel friedlichen Miteinanders geschaffen. Religiöse wie ethnische Konflikte werden nicht geduldet. Sämtliche 20.000 Mitglieder des Zentrums müssen jederzeit ihren Mitgliederausweis parat haben. Die Patres setzen Respekt und Disziplin durch. Jeder kann nach seinem Glauben leben, solange er den anderer achtet.

Das Jugendzentrum verfügt inzwischen über Sportanlagen, und eine Bibliothek mit 18.000 Bänden. Sprach-, Tanz-, Computer- und Musikurse werden angeboten. Zur **Finanzierung** haben die EU, die italienische Bischofskonferenz, zahlreiche Hilfsorganisationen und MISEREOR beigetragen. Eine Mitarbeiterin der amerikanischen Hilfsorganisation *Search for Common Ground* bekundet, daß sich das soziale Klima in Nord-Bujumbura durch das Jugendzentrum grundlegend gewandelt habe. Von Politikern geschürter Haß zwischen Hutu und Tutsi sei vielerorts einem selbstverständlichen Miteinander gewichen.

Quelle: WDR 5 ("Neugier genügt", Regina Tanne) / at

A3/02-4: Friedenspolitik ist Weltinnenpolitik

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 11. Dezember 2001 das Papier "Von der Friedensbewegung zur Friedenspolitik – Elemente einer neuen Weltinnenpolitik" beschlossen. Darin wird die Befürchtung ausgesprochen, daß in Zukunft zunehmend "entstaatlichte, privatisierte Gewalt" – auch in Form von Bürgerkriegen und regionalen und ethnischen Konflikten – den Weltfrieden bedrohen wird. Der Begriff "Weltinnenpolitik" beinhaltet die Forderung nach einer internationalen Rechtsordnung und der Stärkung internationaler und supranationaler Strukturen. Das Papier bezeichnet **Gewaltprävention**, Krisenprävention und Krisenbewältigung als vorrangige Ziele einer Friedenspolitik. Die Grünen schließen

den Einsatz von Militär als ultima ratio auf der Basis des Völkerrechts nicht aus.

Der Text in Auszügen im newsletter *grün&bündig* (März 2002, S.10) nachzulesen. Da er nicht mehr im Internet steht und angesichts der gegenwärtigen Weltlage, in der die Anzettelung eines neuen Krieges droht, haben wir diese Kurzfassung als Dokument noch einmal abgedruckt (s.u.).

Quelle: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Pressemitteilung 698)

A / V. Veröffentlichungen

A4/02-4:

Die Aufgabe des Friedens und das Problem der Gewalt. Hrsg. v. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. / Christliche Freiwilligendienste (2002)
Bestellung über: www.friedensdienst.de (0,- €)

Die AGDF hat zusammen mit *pax christi* sowie Vertreterinnen und Vertretern islamischer Organisationen im Oktober 2002 einen Workshop mit dem Ziel, einen Dialog zwischen christlichen Friedensverbänden und islamischen Gruppierungen zum Friedensauftrag und zur Friedensarbeit in den beiden Religionen in Gang zu setzen, initiiert. Diese Publikation über eine Christlich-Islamische Begegnung dokumentiert die Referate dieses Workshops und kann bestellt werden.

Die Broschüre wird eingeleitet durch einen Bericht von Michael Mildener über Verlauf, Ergebnisse und Perspektiven des Workshops. *Hamideh Mohagheghi* entfaltet eine eindringliche Qur'an-interpretation über das islamische Verständnis des Friedens, um sich von dieser friedensethischen Basis aus kritisch mit Erscheinungen und Rechtfertigungen von Gewalt in der islamischen Welt auseinander zu setzen. Heike Spiegelberg und Herbert Froehlich diskutieren die Möglichkeit friedlichen Handelns. Heike Spiegelberg stellt die Impulse und Konflikte in der Friedensarbeit von der Nachkriegszeit bis zu den heutigen Herausforderungen und Ansätzen dar.

Quelle: AGDF

B. Interkulturelle Bildung

B1/02-4: Interdisziplinärer Masterstudiengang

An der Universität Hannover ist ein Interdisziplinärer Masterstudiengang "Europäische Integration / *European Studies*" als ein viersemestriges Aufbaustudienprogramm eingerichtet worden. Thema sind die Verflechtungen zwischen den Ländern Europas durch die europäische Integration und die gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa.

Er richtet sich vor allem an Absolventinnen und Absolventen von geistes- und sozialwissenschaftlichen, juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen (mit ausländischen und / oder deutschen Bildungsnachweisen). Die zweijährige Ausbildung qualifiziert sie unter anderem für die Politikberatung bei Parteien und Verbänden oder für die Arbeit in den unterschiedlichsten europäischen Institutionen. An dem Studiengang sind neben verschiedenen Seminaren und Instituten des Fachbereichs Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften auch Einrichtungen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften beteiligt.

Der Studienplan umfaßt neben Grundlagenseminaren zur Geschichte Europas und zur Europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterführende Spezialisierungskurse in unterschiedlichen Bereichen der Europäischen Integration. Zudem ist ein zweimonatiges Praktikum und ein mindestens dreimonatiger Auslandsaufenthalt etwa an einer der SOCRATES-Partnerhochschulen vorgesehen.

Ausländische Gastprofessorinnen und Gastprofessoren steigern die Internationalität dieses Studienganges. Die Hochschule erhebt für diesen Aufbaustudiengang keine Studiengebühren.

Kontakt und Information: Weitere Fragen sind an die Koordinatorin, Dr. Ines Katenhusen, Institut für Politische Wissenschaft, Schneiderberg 50, 30167 Hannover, Tel. +49511 / 762 - 19165 oder E-Mail: katenhusen@ipw.uni-hannover.de. Nähere Informationen auch: www.soz.uni-hannover.de/eu.

Quelle: H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU / Katenhusen

C. Global Politics

C1/02-4: Tätige Hilfe

Ein Team von Plastischen Chirurgen aus Berlin operiert unentgeltlich Terroropfer aus Entwicklungsländern.

Gemeinsam mit anderen Ärzten hat Hans-Werner Peter den international arbeitenden Verein



"Plastisch-chirurgisches Centrum für Terroropfer e.V.", der als gemeinnützig und mildtätig von den Finanzbehörden anerkannt ist, gegründet. Die laufenden Geschäfte hat ebenfalls unentgeltlich ein Berliner Unternehmen und die Wirtschaftsprüfung die Firma *PriceWaterhouseCoopers* übernommen. Patienten werden von Hilfsorganisationen vor Ort nach Absprache ausgewählt und nach Berlin geflogen. Verbindungen

bestehen vor allem mit dem **Friedensdorf International**, das dies organisiert und finanziert. Das Friedensdorf stellt auch Gastfamilien zur Verfügung.

Kontakt und Info: [HTTP://WWW.PLACET-BERLIN.DE/](http://WWW.PLACET-BERLIN.DE/)

Quelle: Berl.Ztg. / dpa / AT

C2/02-4: Contacts 4/2002

Das letzte *contacts*-Heft der AGEH aus dem vergangenen Jahr steht unter dem Generalthema **Spiritualität**. Aus Südamerika (Bolivien, Paraguay, Peru), Afrika (Niger, Ostafrika), Taiwan und dem Nahen Osten wird über verschiedene Formen von Spiritualität, über Erneuerungsbewegungen und Religiosität und über die Arbeit mit Kindern, in Gewaltsituationen oder psychischen Krisen berichtet. Edith Welling informiert über den Studientag des Facharbeitskreises Gesundheit der AGEH im November 2002, der in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für **Folteropfer** der Caritas veranstaltet wurde und von der Ärztekammer Nordrhein als Fortbildung für Mediziner anerkannt war.

Die AGEH will auch in Zukunft Kurse für ausländische Ordensangehörige anbieten, um bei diesen ein besseres Verständnis für Einstellungen und Verhaltensweisen herbeizuführen, die als **"Typisch deutsch"** gelten.

Information: Christel Lammers, Tel. (0221) 8896-152; eMail: christel.lammers@ageh.org

Quelle: AGEH

C3/02-4: AGEH-Jahresbericht 2001

Im Mittelpunkt des Jahresberichtes 2001 der AGEH stehen die Begriffe "Personelle Entwicklungszusammenarbeit" und "Interkulturelle Kommunikation". Personelle Entwicklungszusammenarbeit ist, so heißt es in dem Bericht, immer eine Begegnung zwischen Menschen, deren Denken und Handeln von unterschiedlichen kulturellen Hintergründen geprägt ist. Damit werden Dialogfähigkeit und soziale Kompetenz zentrale Fähigkeiten, um Brücken zwischen Kulturen zu bauen. Und die sind wichtig. Die AGEH erinnert an den 11.9.2001. Es war eine der wesentlichen Erfahrungen aus den Ereignissen des 11. Septembers, daß es ohne Verständigung der Kulturen keine zukunftsfähigen Formen des Zusammenlebens geben werde. Allerdings verabsolutiert die AGEH das Gewicht von Kultur nicht, sondern betont, daß auch Wege aus Armut und Unrechtsstrukturen heraus gefunden werden müssen.

Konsequent lag bei der rund fünfmonatigen Vorbereitung der Fachkräfte neben fachbezogenen Angeboten ein Schwerpunkt auf der Stärkung sozialer Kompetenzen wie beispielsweise von Teamfähigkeit und **"interkultureller Kommunikation"**, schreibt Katharina Engels.

301 Entwicklungshelferinnen und -helfer haben im vergangenen Jahr durch Vermittlung der AGEH in Projekten in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Mittel- und Osteuropa gearbeitet, darunter 26 Männer und Frauen im Personalprogramm "Ziviler Friedensdienst" u.a. in Norduganda, in Mosambik und im Kosovo. 35 Fachkräfte, die Entwicklungsprojekte vor Ort zeitlich befristet beraten haben, waren 2001 unter Vertrag und 12 Fachkräfte waren kurzzeitig in Projekten der Not- und Katastrophenhilfe eingesetzt. Schwerpunktregion war 2001 **Afrika**. Hier arbeiteten fast die Hälfte aller Vermittelten, die meisten von ihnen im Bereich Gesundheit.

Deutlich ist ein Trend dahin, daß Entwicklungshelferinnen und -helfer Management- und Beratungsaufgaben wahrnehmen, statt fehlende einheimische Fachkräfte zu ersetzen.

Quelle: AGEH (Pressestelle 30.7.02) / AT

E. Europa, europäische Identität

E1/02-4: Was ist "europäische Zivilisation"?

Europäische Zivilisation ist durch eine zwei Jahrtausende alte christlich-jüdische Tradition, durch seine Vielfalt und seine Fähigkeit, mit dieser umzugehen, definiert. Dies sagte Prof. Dr. Jürgen Kocka, einer der Begründer der neuen deutschen Geschichtswissenschaft, der Gründer des "Zentrums für vergleichende Geschichte Europas" (ZVGE) an der Freien Universität Berlin und jetziger Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin anlässlich eines Sommerkurses des ZVGE. Ebenso konstitutiv für Europa seien die Existenz mehrerer politischer Machtzentren, die frühe Trennung von Staat und Kirche, die Aufklärung und der Siegeszug der Menschenrechte, schließlich auch die Industrialisierung. Die europäische Zivilisation erhebe als einzige den Anspruch, sich auf andere ausweiten zu sollen. In vorigen Jahrhunderten sei daraus die Kolonialisierung weiter Regionen der Welt gefolgt. Auch sprach er die Erfahrung von Diktaturen und zweier Weltkriege an. Die Definition Europas durch **Aufklärung und Menschenrechte**, durch Industrialisierung und liberale Politik hatte für die historischen Sozialwissenschaften über Jahrzehnte hinweg die Begründung dafür gewesen, Osteuropa als rückständig und demokratieresistent und deshalb

Wenn Kocka nun darauf beharrte, daß Europa bei seiner **Erweiterung nach Osten und Südosten** in Bezug auf die Menschenrechte an seinem Universalisierungsanspruch festhalten solle, klang das wie eine Beschwörung der alten Ängste eines Westeuropäers; doch bedeutet sein **Plädoyer für "offene Ränder"** nichts weniger als eine kleine Revolution. Fügte er doch hinzu, Europa müsse

bereit sein, sich im Prozeß der Osterweiterung selber zu verändern und Wechselwirkungen zuzulassen.

Quelle: TS Berlin (Amory Burchard 9.9.02) / AT

E / V. Veröffentlichungen

E2/02-4: Kulturschlüssel Türkei

Alexej Moir: Kulturschlüssel Türkei (München: Hueber 1999), ISBN 3-19-005296-4; 217 S.; 17,95 €

In der gegenwärtigen Diskussion um den EU-Beitritt kann diesem Band aus der Reihe Kulturschlüssel neues Interesse zukommen. Die *Mitteilungen* bringen demnächst eine Kurzrezension

F. Aus der Forschung

F1/02-4: Minoritätsforschung

Das kommentierte Vorlesungsverzeichnis der Minoritätsforschung der Freien Universität Berlin für das WS 2002/2003 umfaßt beinahe 100 Seiten und bietet mit seinen kurzen Einführungen und Literaturhinweisen fast eine interdisziplinäre Einführung in das Feld der Minoritätsforschung.

Es ist auch diesmal durch den Einsatz von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Seminars für Katholische Theologie der FU und mit Unterstützung des Instituts für Lehrerfortbildung des Erzbistums Berlin zustande gekommen. Weiterhin vertreten sind mit ihrem Lehrangebot die Fachbereiche bzw. Institute

- Erziehungswissenschaft (z.B. "Minderheiten und Minderheitenschulwesen in Europa"),
- Psychologie (z.B. "Moralentwicklung im Kulturvergleich")
- Geschichte (z.B. "Transnationalität in der modernen europ. Verfassungsgeschichte")
- Politikwissenschaft (z.B. "Das Grundrecht auf Asyl")
- Soziologie (z.B. "Kulturvergleich")
- Klassische Philologie (z.B. "Interkulturelle Aspekte des Lateinunterrichts")
- Literaturwissenschaft (z.B. "Die Juden und die Avantgarde")
- Geographie (z.B. "Entwicklungstheorien der Ersten und Zweiten Moderne")
- Publizistik (z.B. "Interkulturelle Wissenskommunikation")
- Osteuropa-Wissenschaften (z.B. "Diaspora")
- USA-Forschung (z.B. "Images and self-images of native Americans")
- Lateinamerika-Forschung (z.B. "Kulturelle Vielfalt und Demokratie").

Der *European Masters in Intercultural Education* ist mit 5 Veranstaltungen vertreten.

Kontakt: Seminar für Katholische Theologie (Prof. Dr. Rainer Kampling), Schwendener Str. 31, 14195 Berlin, Tel. (030) 838-53005, [eMail: minority@zedat.fu-berlin.de](mailto:minority@zedat.fu-berlin.de).

I. Internationale Tourismuspolitik

I1/02-4: Mobilität in der globalisierten Welt

Zu den 7. Karlsruher Gesprächen vom 14. bis 16. Februar 2003 siehe Meldung: N2/02-4.

I2/02-4: Tourismus-Institut Bad Saarow

Am 22. Oktober hat das Brandenburgische Tourismus-Institut Bad Saarow (BTI) seine Tätigkeit aufgenommen. Es will gemeinsam mit den Hochschulen die Reisebranche in der Region durch Forschung, Beratung und Weiterbildung fördern. Zuerst will es im Zuge des EU-Programms *Equal* ein Kompetenz-Netzwerk für Tourismus aufbauen.

Kontakt: (033631) 86 81 11.

Quelle: ddp

J. Jugendpolitik

J1/02-4: Museum gegen Fremdenfeindlichkeit

"exChange" ist ein Kulturprojekt in Berlin, gefördert vom Bundesprogramm "entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus" und durch Mittel des Quartiersmanagements Berlin-Schöneberg-Nord. Dessen ersten Teil "Revier im Visier" zeigt das Berliner **Jugendmuseum** in Schöneberg. 400 Jungen und Mädchen aus 16 verschiedenen Herkunftsländern haben an der Ausstellung mitgewirkt. Sie soll mit Zeugnissen, die die Jugendlichen gesammelt haben, darstellen, wie es sich in Schöneberg-Nord mit seinen vielen unterschiedlichen Sprachen und Kulturen miteinander lebt.

Adresse: Hauptstraße 40–42, Öffnungszeiten bis 1.2.2003: Mi und Do 15-18 Uhr, Sa und So 14-18 Uhr. Tel. (030) 75 60 61 63

Quelle: Berliner Abendblatt 4,50 (11.12.), S.1

K. Kooperationen

K1/02-4: Neues Mitglied bei AGDF

Seit Januar 2003 ist die "Friedenswerkstatt Mutlangen e.V." ordentliches Mitglied bei der "Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V./Christliche Freiwilligendienste". Am historischen Ort der Friedensbewegung und ehemaligen Standort von Atomraketen zeigt sie Wege eines erfolgreichen, gewaltfreien Widerstandes. Die Pressehütte diente der Friedensbewegung als

Anlaufstelle für ihre Aktionen vor Ort und wurde 1984 vom "Verein Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen" erworben. Durch aktive Mithilfe von jungen Menschen in internationalen Workcamps entstanden hier ein kleines Seminarhaus und Büroräume für Friedensgruppen.

Die Friedenswerkstatt bietet Seminare zu aktuellen friedenspolitischen Themen an. Sie engagiert sich in der Gewaltprävention und Zivilcourage im nahen gesellschaftlichen Umfeld (Schule, Nachbarschaft), bis hin zu internationalen Konflikten. Zivile Konfliktbearbeitung wird durch Projekte und Vermittlung von Referenten, Trainern und Mediatoren umgesetzt. Es werden Trainings in gewaltfreiem Handeln und fairer Konfliktlösung für verschiedene Zielgruppen angeboten. Bei Konferenzen werden Foren geschaffen, sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Kontakt: Friedenswerkstatt Mutlangen e.V., Forststr. 3, 73557 Mutlangen, Tel. / Fax: (07171) 75661, [www. post@pressehuette.de](mailto:post@pressehuette.de), Website: www.pressehuette.de.

Quelle: AGDF (PM 2/2003, 9.1.2003)

K2/02-4: Konferenz der Afrikanischen Christlichen Diaspora in Europa

Die dritte internationale, interdisziplinäre Konferenz der Afrikanischen Christlichen Diaspora in Europa vom 12. bis 15. September 2003 ist die erste **Vollversammlung des Council of Christian Communities of an African Approach in Europe (CCCAA)**. Sie dient nebenbei dem Ziel der Publizität und Mitgliederwerbung.

Zur Thematik führen die Veranstalter aus: "Nächst der intendierten Expansion religiöser Bewegungen durch Mission ist die friedliche oder erzwungene Migration einer der wichtigsten Faktoren für die Ausbreitung von Religion. Das kann an der Wanderung afrikanischer Menschen in andere geokulturelle Kontexte abgelesen werden. Afrika mit seiner traumatischen Geschichte des transatlantischen Sklavenhandels als einer beispiellosen Erfahrung von Zwangsexil und mit der neuen Entwicklung einer beschleunigten interkontinentalen Migration im Kontext von Globalisierung, ist durch mehrere Phasen interner und externer Wanderungen gegangen." Eine Folge davon sei die Ankunft und Niederlassung größerer und kleinerer afrikanischer Migrantengruppen in Europa – und somit die Präsenz von religiösen Traditionen, die sich 'fremd' ausnehmen (einschließlich der christlichen) in der Begegnung mit der europäischen Religion der verfaßten Kirchen. Forscher und Forscherinnen in den Bereichen Religionswissenschaft, Anthropologie (Ethnologie) und Theologie beginnen jetzt – mehr als die Kirchen –, die Be-

deutung solcher 'Religionen in Bewegung' auch für den eigenen Kulturraum zu untersuchen. Dies aber müsse, um jeder Mißinterpretation oder weiteren Ausbeutung zu begegnen, in der direkten menschlichen Begegnung und unter Einbeziehung der so verschiedenen Kirchen geschehen.

Nach dem akademischen, theologischen und spirituellen Verständnis der Veranstalter markiert **die Aufteilung Afrikas** unter die europäischen Mächte vor fast 120 Jahren, basierend auf der Ideologie einer weißen Vorherrschaft, einen tiefgreifenden Einschnitt in der menschlichen Geschichte, der Politik der Gegenwart und dem Missionsverständnis der christlichen Kirchen.

Die Berliner Konferenz steht in einer Serie von "Konsultationen" (zwei davon international, zur Bedeutung dieses Phänomens (in Leeds / UK 1997; Västerås / Schweden, Glay / Frankreich, Hamburg 1998 und Cambridge / UK 1999).

Call for Papers: Die Länge des Beitrags sollte 20-25 Minuten nicht übersteigen. Das schriftliche Manuskript für eine spätere Veröffentlichung kann länger sein (bis zu 4000 Worten). Ein **Abstract** ebenso wie die Endfassung der Beitrags wird bis spätestens 30. März 2003 per **eMail** an: Pfarrerin DR. ROSWITH GERLOFF, Leeds bzw. an: Dr. Afe Adogame, Bayreuth: roswithgerloff@onetel.net.uk mit Kopie an: Afe.Adogame@uni-bayreuth.de erbeten. Wichtig ist den Veranstaltern, daß mitgeteilt wird, ob der Beitrag am besten unter dem historischen, sozio-politischen oder missiologischen Aspekt des Konferenzthemas untergebracht werden sollte oder praktischen Konsequenzen dieser Überlegungen enthält.

Kontakt (Einladungsschreiben, Registrierungsformular): Antje Meier (Humboldt-Universität), eMail: Antje.Meier@rz.hu-berlin.de

Quelle:

M. Migration und Ausländerpolitik

M1/02-4: "Deutsche Zustände"

Das ist der Titel der Analyse einer Befragung von 3.000 Personen, die der Bielefelder Gewalt-Soziologe Wilhelm Heitmeyer Anfang November vorgestellt hat. "Die Würde des Menschen ist antastbar geworden", sagte Heitmeyer dabei. Er sieht ein "Syndrom von feindseligen Mentalitäten", das sich nicht einfach gegen Ausländer aus bestimmten Ländern richtet, sondern gegen Andersartige überhaupt, und mit autoritären Einstellungen einhergeht. Seiner Meinung nach ist dieses Syndrom der Ablehnung "normabweichender Gruppen" Mit Angst vor der Zukunft und Unzu-

friedenheit mit der wirtschaftlichen Lage gekoppelt. Wenn Heitmeyer grundsätzlich den Menschen angetastet sieht, wird man allerdings nicht umhin kommen, auch die Strafjustiz kritisch zu bewerten. Deren Urteile gegen fremdenfeindlich motivierte Gewalttäter lassen vielfach nicht erkennen, daß sie der Unversehrtheit des Opfers einen hohen Wert beimäße.

Abgesehen von den erschreckend hohen Prozentsätzen fremdenfeindlicher und rassistischer Äußerungen, die Heitmeyer auch diesmal wieder gefunden hat, sind einige Beobachtungen bemerkenswert. So scheint die **Islamophobie** im Gegensatz zu anderen Vorurteilen bei gut gebildeten Menschen verstärkt vorzuherrschen. Zunehmend mit dem Grad der Bildung wird die Ansicht vertreten, Muslime hätten kein Recht, hierzulande nach ihren Glaubensgesetzen zu leben. Die Forschergruppe um Heitmeyer sieht zwar keinen erfolgreich organisierten **Rechtspopulismus**, aber ein Potential dafür von 20%. Bemerkenswert ist, daß diese Personen sich selbst politisch "in der Mitte" einordnen und zu 83 % die beiden Volksparteien wählen.

Quelle: Berl. Ztg. (Kerstin Krupp 8.11.2002), S.6 / at

M2/02-4: Kopftuch oder "unternehmerische Freiheit"

(Vgl.: A10/02-1 und A7/02-1)

Einer muslimischen Verkäuferin hatte ihr Arbeitgeber, ein Kaufhaus in einer hessischen Kleinstadt, im Jahr 1999 gekündigt. Die Betreiberin des Kaufhauses argumentierte, das Kopftuch könne zu Störungen des Betriebsablaufes führen und deswegen zu wirtschaftlichen Nachteilen für das Unternehmen führen. Der zweite Senat des Bundesarbeitsgerichtes in Erfurt hat jetzt die Kündigung aufgehoben. Das umfassende Recht der **Religionsfreiheit** wiege schwerer als das Grundrecht auf unternehmerische Freiheit.

Dieser Fall ist nicht nur schon deswegen ein Skandal, weil das Argument drohender Einnahmeverluste überhaupt ernst genommen werden konnte – auch wenn es aus der hessischen Provinz kam. Schwerer wiegt, daß es dreier Instanzen bedurfte, bis sich ein Richter fand, der dem gesunden Menschenverstand zu seinem Recht verhalf, und daß die 32jährige Türkin drei Jahre ihres Arbeitsplatzes beraubt war. Dieser Fall wirft nicht nur ein Licht auf deutsche Provinzbewohner, sondern v.a. auf die moralische Befindlichkeit deutscher Juristen, die ja alle einmal eine Hochschule von innen gesehen haben. Im Jurastudium wäre vielleicht eine interkulturelle Zwangsausbildung zu erwägen.

Quelle: BerlZtg. (11.10.02), S.2,4,6 / AT

N. Nachrichten von unseren Mitgliedern

Prof. JÜRGEN KLIMPEL, aktives SSIP-Mitglied, möchte alle, die das IDF in Bremen noch nicht kennen, auf diese verdienstvolle Einrichtung für Freizeit und Tourismusforschung hinweisen:

N1/02-4: Das IDF in Bremen

Seit 1998 wird am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Bremen der Internationale Studiengang "Angewandte Freizeitwissenschaft" (ISAF) angeboten. Diesem Studiengang ist das

Informations- und Dokumentationszentrum für Freizeitwissenschaft (IDF)

angegliedert. Ziel des IDF ist es, relevantes Wissen aus verschiedenen Freizeit-Sektoren und Fachdisziplinen zu sammeln, systematisch aufzubereiten und für die interessierte Öffentlichkeit, für wissenschaftliche Zwecke und für Studium und Lehre zur Verfügung zu stellen. Es versteht sich als Serviceeinrichtung für die Praxis und bietet wissenschaftliche **Dienstleistungen im Freizeit- und Tourismusbereich**. Es arbeitet mit Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Bürgergruppen zusammen und engagiert sich für eine nachhaltige, ökologisch und sozial verträgliche Tourismus- und Freizeitentwicklung von Stadt und Region.



Das IDF baut auf dem Literatur- und Datenbestand der **Deutschen Gesellschaft für Freizeit** auf und führt die Erschließung, Systematisierung und Aktualisierung des Bestandes fort. In der **Präsenz-Bibliothek** stehen den Nutzern Literatur und Dokumente etwa 3000 Monografien und ein Bestand von ca. 20.000 Dokumenten (Tourismus- und Freizeitstatistiken, Tagungsberichte, graue Literatur) aus den Bereichen Freizeit, Tourismus, Sport / Gesundheit, Umwelt sowie Kultur, Religion und allgemeine Sozialwissenschaft, ein OPAC und Zugang zu einschlägigen Datenbanken für Recherchen zur Verfügung. Nach der Fertigstellung des Katalogs im Herbst 2002 soll eine Übersicht des Literaturbestandes auch im Internet zugänglich werden.

Kontakt: 28199 Bremen, Neustadtswall 30, Tel.: (+49 421) 548 54 15 / 16, Fax: (+49 421) 548 53

98, eMail: info@freizeitwissenschaft.de, Öffnungszeiten: Dienstag und Mittwoch 9 - 17 Uhr.

N2/02-4: Mobilität in der globalisierten Welt

Zunehmende Mobilität bringt große Veränderungen mit sich. Tourismus, auch unter dem Aspekt des internationalen Terrorismus, ist nur ein Bereich veränderter Mobilität. Die Finanzmärkte und die Wirtschaft auf lokaler Ebene sind hiervon ebenfalls betroffen. Es entstehen neue Parallelsellschaften wie beispielsweise die internationalen Währungshändler jenseits des Nationalstaates. Auch in Europa stehen große Veränderungen mit der Osterweiterung der EU an.

Durch die technischen Entwicklungen entstehen für den Einzelnen neue Möglichkeiten, sich von räumlichen Dimensionen unabhängig zu machen. Multimediale Dienste im Internet werden immer schneller, flexibler und kostengünstiger – es entsteht eine komplexe Verflechtung von Mobilität und Immobilität.

Mit diesen und weiteren Themen werden sich die 7. Karlsruher Gespräche vom 14. bis 16. Februar 2003 beschäftigen. Die Eröffnung des Symposium am Freitag-Abend ist gleichzeitig Festakt zur **Gründung des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale (ZAK)**. Die Festrede hält Prof.em. Dr. HERMANN LÜBBE (Universität Zürich) über das Thema „Der Globus hat kein Zentrum – über die Wirkung verdichteter Netze“.

Programm Samstag, 15. Februar 2003

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher: "Nachhaltigkeit und Mobilität - Welche Herausforderungen liegen vor uns?"

Themenblock: "Technologie und Datenmobilität" (Prof. Dr. Johann Günther, Prof. Dr. Firoz Kaderali, Prof. Dr. Martina Zitterbart)

"Arbeit, Freizeit, Mobilität" (Prof. Dr. Christoph Becker, Dr. Kurt Möser)

"Mobilität und die EU-Erweiterung" (Prof. Dr. Robert Hettlage, Prof. Dr. Jiri Musil, Dr. Angelina Topan)

Den Abschluß bildet am Sonntag Vormittag eine Matinee mit Konzert und Podiumsdiskussion zum Thema „**Kunst und Kultur: Integrationsfaktoren in Europa**“ (Moderation: Dr. Olaf Schwencke).

Im Vorfeld des Symposiums findet am Freitag, den 14. Februar 2003 von 9.30 bis 18 Uhr im *International Department* in Zusammenarbeit mit dem *Karlsruher Forum Ethik in Recht und Technik e.V.* in geschlossener Runde ein verkehrswissenschaftlicher *workshop* statt.

Information: Tel. (07 21) 608-43 84; eMail: www.zak.uni-karlsruhe.de

Quelle: Otten / ZAK

Das Dokument

1

Dr. Azmi Bishara erhält den Ibn Rushd PREIS..

Der folgende Abdruck enthält Ausschnitte aus der Dankesrede, die der diesjährige Ibn-Rushd-Preisträger am 14. Dezember in Berlin hielt (vgl. oben A1/02-4). Die Ausführungen von Dr. Azmi Bishara kreisen um den auch im Westen derzeit stark diskutierten Begriff der Staatsbürgerschaft und sind zugleich nicht von dem Konflikt zwischen Israel und Palästina zu trennen. Die Unmöglichkeit, die Analyse von der eigenen politischen Situation zu trennen, brachte Bishara am Ende seiner Rede zum Ausdruck. Eine neuere Veröffentlichung, die das Problem der Staatsbürgerschaft an der deutschen Geschichte darstellt, stammt von Dieter Gosewinkel (Einbürgern und ausschließen: die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2001). Änderungen am Originaltext stehen in eckigen Klammern, drei Punkte ("[...]") kennzeichnen Auslassungen.

Dr. Azmi Bishara

Zwei Arten der Staatsbürgerschaft

[...] Was sind diese Grundlagen der Demokratie? Trennung der staatlichen Gewalten, Unabhängigkeit der Justiz, Wahlrecht, eine Regierung der Mehrheit durch parlamentarische Vertretung, liberale Freiheitsrechte, die in liberalen Demokratien zu allgemein anerkannten Rechtsgrundlagen geworden sind, Trennung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre. Es ist heute undenkbar, sich eine liberale Demokratie ohne diese Grundlagen vorzustellen, Grundlagen, die sich im Zuge der Wechselwirkung mit der politischen und sozialen Wirklichkeit und der theoretischen Auseinandersetzung mit der Demokratie stets im Wandel befinden. [...] Die Idee der Staatsbürgerschaft ist die Grundidee des demokratischen Systems. Die Realität der Staatsbürgerschaft ist die historische Stufe, die notwendig ist für die Entwicklung des demokratischen Systems. [...]

Vergegenwärtigen wir uns die Diskussion, die derzeit in der Theorie über Demokratie entfacht ist. Was kommt zuerst? Die Gründung eines demokratischen Systems und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts oder die demokratische Kultur? In diesem Zeitalter, wo die Erfahrungen anderer Völker reproduziert und entstellt bis in unsere Schlafzimmer dringen können, können wir ohne große Mühe verfolgen, wie die Entwicklung der Demokratie in manchen Ländern ins Stolpern geraten ist, weil bei demokratischen Wahlen undemokratische Kräfte gewählt wurden. [...]

Die Geschichte ist ebenso Zeugin eines weiteren klassischen Beispiels der Demokratie, in der das Wahlrecht stufenweise verallgemeinert wurde und parallel dazu sich eine demokratische Kultur entwickelte. Es scheint aber, daß man heute nicht mehr auf dieses historische Modell der langsamen Entwicklung zurückgreifen kann. Der Wunsch nach Demokratie ist groß, und die Vorstellung, die Demokratie in ihrer jetzigen fertigen Form auf jeden Fleck dieser Erde anwenden zu können, scheint real und erstrebenswert. Es erscheint unlogisch und unmöglich, die Demokratie nur teilweise zu praktizieren, z.B. durch das Erlauben des Wahlrechts ausschließlich für Bürger, die eine demokratische Kultur besitzen, oder ausschließlich für Inhaber eines Hochschulabschlusses, wie es vor kurzem ein bekannter arabischer demokratischer Intellektueller vorgeschlagen hat. Kommen wir also jemals aus diesem Circulus vitiosus – von der Henne und dem Ei – heraus? [...]

Die Staatsbürgerschaft ist die einzige historische Gelegenheit, auch in nicht-demokratischen Ländern die Unabhängigkeit der Justiz und die Verwirklichung der Gleichheit vor dem Gesetz zu gewährleisten, die Grundrechte vor der Willkür eines Machthabers zu schützen und den Anspruch der Bürger auf ihre politischen Rechte zu erheben. Ist man seiner Bürgerschaft [im] Staat

bewußt, so kann man politische Rechte fordern, als Angehöriger des Staates oder als Steuerzahler in einer anderen Version. Ist man jedoch nur Untertan, so hat man keine politischen Rechte zu erwarten; man erwartet lediglich, daß man gut behandelt oder bestenfalls toleriert wird. Die Staatsbürgerschaft ist die Basis, aus der die Forderung nach Demokratie hervor geht, nicht nur, um durch Wahlen die Macht friedlich zu wechseln, sondern um die Bedeutung der Staatsbürgerschaft selbst durch die Ausübung der Demokratie zu erweitern. Das Regieren einer Mehrheit, welches sich nicht auf die Basis der Staatsbürgerschaft stützt, ist in Wirklichkeit eine Diktatur im Namen der Mehrheit. Demokratie bedeutet nicht allein das Regieren einer Mehrheit, sondern das Regieren der Mehrheit auf der Grundlage der demokratischen Werte, darunter [der] Bürgerrechte.

Die Staatsbürgerschaft ist eine andere Ausdrucksform der Souveränität der Nation. Die nationale Souveränität ist nicht vollständig ohne Bürgerrecht und Demokratie. Ein politisches System, das aus einem absoluten Staat und Untertanen besteht, erzeugt keinen Dialog, der zur Demokratie führt [...]. Im alten demokratischen Athen gab es keine Bürgerrechte in dem Sinne, wie wir sie heute verstehen, sondern bestimmte Regeln des Verhaltens, [...] „Rechten und Pflichten“, die sich durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ergeben haben, also etwa wie in einer Sippe oder in einem Stamm, wenn man so will. Aus dieser Perspektive war die Athener Demokratie weitgehend sippenhaft. Bei den alten griechischen Philosophen finden sich keine Überlieferungen, die die Religion des Einzelnen oder seine Willensfreiheit betreffen, sowie keine Überlieferungen über Minderheiten oder Rechte von Minderheiten, weil es sie nicht gab. Es gab nur eine politische Gruppe von Staatsbürgern mit gemeinsamer Identität. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe war die Voraussetzung für die Erlangung der Rechte. Ohne gemeinsame Identität gab es keine Rechte.

Heute verkörpert die Staatsbürgerschaft mehrere politische und soziale Werte, die man auch kommunale Werte nennen kann. Die Entstehung dieser Werte verläuft wie ein Faden in der Entwicklung der Demokratie, der die Gegenwart mit der Vergangenheit verknüpft. Woher kommt die politische Kultur, die den Staat zum Besitz einer bestimmten Gruppe mit einer bestimmten Identität erklärt, die in ihm nur die Verkörperung ihres kollektiven Willens, das heißt ihrer Souveränität sieht, sondern auch darüber hinaus und das ist noch wichtiger, dieser Gruppe einen Besitzanspruch gegenüber ihrem Staat und ihrer Demokratie zuweist, der jedem ihrer Angehörigen zu steht? So entsteht die Verbindung zwischen der Identität und dem Erwerb von Rechten, indem allein eine bestimmte Gruppenidentität dazu berechtigt ist, während alle anderen davon ausgeschlossen werden. [...]

Stellen Sie sich eine Demokratie einer souveränen Gruppe vor, in der sich ihre religiöse und nationale Identität vereinen. Hier wird sogar der religiöse Fanatismus Ausdruck der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe, aus der sich Rechte ableiten. Die Betonung der religiösen Symbole wird hier zum Ausdruck nationaler Identität. [...] Stellen Sie sich eine historische Situation vor, in welcher die Mehrheit dieser Gruppe mit dieser Religion—Nationalität gar nicht in diesem Staat lebt, der Staat sich aber trotzdem als [der] Staat dieser Gruppe sieht. Auf der anderen Seite gibt es in diesem Staat eine relativ große Gruppe von Ureinwohnern, die nicht dieser Religion—Nationalität angehören und [diesen] Staat sich nicht als ihren Staat definieren. Wir können uns vorstellen, wie der Begriff der Staatsbürgerschaft in einer solchen Demokratie von seinem demokratischen Inhalt entleert wird. [...]

Parallel [zu] dieser Tendenz [der] Bindung der Staatsbürgerschaft an eine bestimmte Identität verläuft [...] eine andere Linie in der Entwicklung der liberalen Demokratie, wonach die Bürgerrechte allein aus der Staatsbürgerschaft abgeleitet werden sollen. Der Staat soll Staat der Bürger sein und nicht der Staat einer Nationalität oder einer ethnischen Gruppe. Es zeichnet sich in neuerer Zeit sogar eine Weiterentwicklung dieser Tendenz dahingehend ab, daß in der Konsequenz nicht mehr die Rechte des Einzelnen aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe abzuleiten sind, sondern daß die Identität selbst und die kollektiven Rechte [als] eine mögliche Implikation aus den Rechten des Einzelnen zu gelten haben. In diesem Sinn ist die Staatsbürgerschaft, die auf Gleichberechtigung beruht, das einzige Prinzip, das das Verhältnis zwischen Individuum und

Staat regelt. Die [partikularen] einzelnen religiösen oder nationalen Identitäten werden aus dem Verhältnis zwischen Individuum und Staat neutralisiert. Gleichzeitig wird jedem Einzelnen die Freiheit gegeben, sich mit jeder beliebigen Gruppe, Kultur oder Religion zu identifizieren, solange diese Identität die Rechte der anderen Bürger, so wie wir sie in einer entwickelten liberalen Demokratie kennen, nicht verletzt. [...]

Bei der weiteren Entwicklung der individuellen demokratischen Bürgerrechte beginnt die Differenzierung einerseits zwischen der Nation als Bürgergruppe im Staat, wo die Nation das andere nach außen gewendete Gesicht der Zivilgesellschaft wird, und andererseits zwischen nationaler Identität als kulturelle[r] Identität, die dem Zusammenhalt der Mehrheit der Gesellschaft dient. Dieser Zusammenhalt soll [...] Pluralismus ermöglichen ohne Bürgerkrieg. Die nationale Identität als politische Identität hat ihre politische Rolle im Staat nach der Gründung des Staates beendet. Der demokratische Staat ist der Staat aller Bürger und kann nicht ein Religionsstaat oder ein Staat für eine Gruppe Bürger oder eine Gruppe von Menschen außerhalb des Landes sein. [...]

Nach dieser unterschiedlichen Auslegung der Bedeutung der Staatsbürgerschaft entstehen zwei Formen, wie man die Identitätsfrage behandelt: Die erste Form behandelt die Identität als eine organische Frage und als Grundvoraussetzung für die Staatsbürgerschaft. Und somit auch für die Verhaltensregeln, die im übertragenen Sinne „Rechte und Pflichten“ genannt werden. Der Staat betrachtet diese Form als historische Verkörperung einer bestimmten Identität, wobei der Staat diese Identität wach hält und die eigene Geschichte selektiv schreibt, in der die Geschichte von verschiedenen Kollektiven als nationale Geschichte vereint wird.

Die zweite Form betrachtet die Identität als eine kulturelle [...] Frage. [...] Hier stehen die einzelnen Bürger an erster Stelle. [Dies] führt am Ende zur Anerkennung, daß die Einzelnen das Recht zur Gestaltung der gemeinsamen Identität haben, sowie zur Anerkennung von Gruppenrechten, die aus dem Recht des Einzelnen abgeleitet sind und nicht im Widerspruch mit den Grundrechten des Einzelnen stehen.

Hier entsteht eine neue Gefahr, die in der liberalen Demokratie nicht erwartet wird, wenn die Identität in der inneren sozialen Auseinandersetzung als Instrument adoptiert wird. Hier kommt eine kulturell nicht demokratische Elite als Vertreter für partielle innere Identitäten hervor und versucht diese zu erzeugen, um sie dann in der Öffentlichkeit zu vertreten. Vertreter von angeblichen Identitäten wie einer religiösen Gemeinde oder einem Kreis, politisch reproduziert, werden als Ersatz für demokratische Kriterien gesetzt. Wieder wird die Bürgerschaft, die auf Gleichberechtigung beruht, hintergangen, obwohl es auf den ersten Blick mit demokratischen Mitteln geschieht.

Ihr wißt, daß ich zu einem Volk gehöre, dem die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird, weil es unter Besatzung lebt. Selbstbestimmungsrecht und Souveränität [werden] dem Volk Palästinas geraubt. Es ist unmöglich, über Staatsbürgerschaft unter Besatzung und ohne volle Souveränität zu reden. Ich habe bereits gesagt, daß die Staatsbürgerschaft das andere Gesicht der Souveränität ist. Aber ich bin [...] Bürger eines Staates, in dem die religiöse oder nationale Identität als Basis des Verhältnisses zwischen dem Einzelnen und dem Staat betrachtet wird. Ich bin Bürger in einem Staat, der nicht [...] seinen Bürgern gehört. Aus diesen beiden Blickwinkeln habe ich heute über die Bürgerschaft geredet.

2

.... Friedenspolitik ist Weltinnenpolitik

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bereits am 11. Dezember 2001 ein Grundsatzpapier "Von der Friedensbewegung zur Friedenspolitik – Elemente einer neuen Weltinnenpolitik" beschlossen (Vgl.

oben: **A4/02-4**). Die Grünen bestimmen darin *Friedenspolitik als "Weltinnenpolitik" und fordern, "eine internationale Rechtsordnung zu schaffen"*.

Das Papier geht auch auf den Fortgang der europäischen Integration ein und beschäftigt sich mit dem Dialog der Kulturen. Es macht Vorschläge zur Austrocknung der Geldquellen von Terrorismus und Gewalt. Weitere Themen sind Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Angesichts eines drohenden Krieges, den die USA und Großbritannien gegenwärtig forcieren, sei eine gekürzte Version dieses Papiers heute hier abgedruckt. Auslassungen sind durch "[...]" gekennzeichnet. Hervorhebungen durch SSIP.

Quelle: grün&bündig, S.10 / DWO

[...] Die Konzepte der Friedenspolitik müssen neu überdacht werden. [...] Ein neues, umfassenderes Verständnis stellt die Friedenspolitik als integralen Bestandteil in den Zusammenhang der internationalen Politik. Sie vernetzt Politikbereiche wie Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik, Finanzpolitik, **Krisenprävention** und die **kulturelle Verständigung**.

Nur als Weltinnenpolitik kann Friedenspolitik in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen. Dazu bedarf es eines internationalen Gewaltmonopols, das eine internationale Rechtsordnung wirkungsvoll durchsetzt. Denn auch der Terrorismus hat sich internationalisiert. Er ist der krasseste Ausdruck entstaatlichter und privatisierter Gewalt, wie sie in innerstaatlichen Gewaltkonflikten und Kriegen zum Ausdruck kommt. Nationale Antworten auf diese Gefahr bleiben daher unzureichend. Der Weg zur Weltinnenpolitik führt über die Verständigung und Verpflichtung auf **gemeinsame Werte**. Um diese durchzusetzen, müssen die Staaten handlungsfähige internationale Institutionen schaffen. Das gilt für alle Bereiche der Politik. Ob Klimaschutz, Sozialstandards oder Schutz vor Terror – auf all diesen Feldern wird nur eine international koordinierte Politik zum Erfolg führen. [...]

Erste Schritte auf dem Weg zu einer neuen Weltinnenpolitik

1. Das **Völkerrecht** muß weiterentwickelt werden. Internationale Organisationen wie die UNO und der *Internationale Währungsfond* müssen reformiert und gestärkt werden. Sie müssen eine zentrale Rolle in der internationalen Politik spielen. [...] Friedenssicherung und im Extremfall **Friedens erzwingung** müssen international eingebunden und durch eine gezielte Sanktionspolitik begleitet werden. Die OSZE soll in ihrer Rolle als Dialogpartner und Vermittler gefördert werden.
2. Internationale Friedenspolitik setzt die Verbesserung der **Entwicklungszusammenarbeit** voraus. Dazu sollen Deutschland und die Europäische Union die Entschuldung der ärmsten Länder weiter vorantreiben und sich für ein **internationales Insolvenzrecht** einsetzen.
3. Zur Steuerung und Stabilisierung der internationalen **Finanzmärkte** sollen Instrumente wie die Tobinsteuer (Devisenumsatzsteuer) und **Kapitalverkehrskontrollen** umgesetzt werden. Nur wenn wir Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht weltweit verhindern und durch diese Maßnahmen die Wechselkurse stabilisieren, läßt sich in allen Ländern die Wirtschaft aufbauen und die gerechte Teilhabe am Weltmarkt erreichen.
4. Hinzukommen muß der **Abbau von Handelsschranken für Länder des Südens** und die Absicherung sozialer und ökologischer Mindeststandards auf internationaler Ebene. Notwendig ist dazu eine Öffnung der europäischen Märkte für Produkte der Entwicklungsländer und der Schutz von Binnenmärkten in den Entwicklungsländern zur Ernährungssicherung.
5. Die Bundeswehrreform muß in den Kontext der internationalen Friedenspolitik gestellt werden. Denn die Aufgaben der **Bundeswehr** ändern sich. Krisenbewältigung und Friedensbewahrung im Auftrag oder auf Ersuchen der Vereinten Nationen sollten zu einer zentralen Aufgabe der Bundeswehr werden.

[...]

.....**Tagungskalender**.....

Datum Ort	Titel	Kontakte
19.-21.09.2002 Ljubljana	Eastern Enlargement and the South – Implications for Development Strategies and Development Co-operation in the 21 st Century	Veranstalter: EADI: http://www.eadi.org/generalconference.htm
20.-22.09.2002 Berlin: Katholische Akademie	Gewaltfreiheit als Mittel der Friedenspolitik. Der Beitrag der Religionen zum Weltfrieden	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin zus. mit der Katholischen Akademie Berlin und dem Weltfriedensrat. Kontakt: Rolf Hanusch, (030) 203 55-505, email: hanusch@eaberlin.de
20.-22.09.2002 Miltenberg	Muslimen in Deutschland: Dialog – Integration – Konfrontation? Seminar für Rückkehrer und andere Interessierte.	Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V., Tel. (0221) 8896-222; Email: Personalentwicklung@ageh.org; Kosten 15 €. Ort: Köln, Ripuarenstr. 8
25.-27. 9.2002 Tutzing	Spätaussiedler in Deutschland: Einfluß soziokultureller Werte auf den Integrationsprozess von Rußlanddeutschen. Ansätze zur Brückenbildung Für aktiv an der Integrationsarbeit Beteiligte und Multiplikatoren	AGEE in Zusammenarbeit mit der Akademie für politische Bildung Tutzing Kontakt: Daniela Franzke, Universität Trier, FB IV – Ethnologie, 54286 Trier. eMail: fran4403@uni-trier.de. Siehe: F3/02-1.
17.-20. 10. 2002 Ohio	Americanization and Anti-Americanism. The Impact of American Culture on Germany After 1945	Veranstalter: Mershon Centre for the Study of International Security and Public Policy / Ohio State University, Department of German Languages and Literatures. Kontakt: Prof. Dr. Alexander Stephan, Tel.: (+614) 247-6068, Fax: (+614) 292-2407, email: stephan.30@osu.edu
29.10.-3.11.02 Türkei	"Leben im Wohlgefühl"	Thomas-Morus-Akademie, 51429 Bergisch-Gladbach, Ovrather Str. 51-53, Tel. (02240) 40 84 72, Fax (02240) 40 84 20; eMail: akademie@tma-bensberg.de; web: www.tma-bensberg.de s. I1/02-2
7.-9. 11. 2002 Erfurt	New Perspectives on European Migration and Migration History (Third Workshop on Contemporary European Migration History)	Network Migration in Europe e.V., Universität Erfurt / Arbeitsstelle Historische Anthropologie und Centre Marc Bloch, Berlin. s. M1/02-1
07.-08.11.2002 Wolfsburg	Internationale Tagung: "Wie viel Vielfalt verträgt, wie viel Zentralismus erfordert die erweiterte EU?"	Veranstalter: International Partnership Initiative e.V., Postfach 10 04 19, 38440 Wolfsburg, Tel.: (05361) 12244, Fax: (05361) 228 22, email: IPI-Wolfsburg@t-online.de
16.-18.12.2002 Köln	Konflikt ist nicht gleich Konflikt – Konfliktlösung in fremden Kulturen. Seminar für Fachkräfte.	Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V., Tel.: (0221) 8896-222; Email: Personalentwicklung@ageh.org; Kosten: 102 €. Ort: Köln, Ripuarenstr. 8

21.1.2003 <i>Berlin</i>	Selbstmordattentäter oder Märtyrer. Bedeutung von Martyrium und Glaubenszeugnis in Islam und Christentum (Akademieabend mit Prof. Dr. Rainer Kampling und Navid Kemani)	Katholische Akademie Berlin Hannoversche Str. 5 Tel. (030) 2830 95 0, www.katholische-akademie-berlin.de
14.–16.1.2003 <i>Halle</i>	Was darf ich hoffen? Die unterschiedlichen Antworten der Weltreligionen und die Hoffnung auf ein gemeinsames Weltethos. Seminar für Moderatoren, Seminarleiter, Mitglieder von Fachgruppen für Ethikunterricht.	Landesinstitut für Lehrerfortbildung... von Sachsen-Anhalt Kleine Steinstr.7, 06128 Halle, Tel. (0345) 2042-224; eMail: slootze@lisa.mk.lsa-net ; http://www.lisa.bildung-lsa.de
16.–18.1.2003 <i>Potsdam, Kulturhaus Altes Rathaus / Univ. Neues Palais</i>	Stereotyp und Geschichtsmythos in Kunst und Sprache (Tschechenbilder, Rußlandbilder, Polenbilder und nationale Mythen)	Veranstalter: Universität Potsdam, Inst. für Slavistik / Dt.-Tschech. Zukunftsfonds / Robert-Bosch-Stiftung / Dt. Kulturforum Östl. Europa / Tschech. Zentrum Berlin Info: WWW.UNI-POTSDAM.DE/U/SLAVISTIK/WLK/STEREOTYP_GESCHICHTSMYTHOS.HTML
24.-25.1.2003 <i>Leipzig</i> <i>VHS und Universität – Geisteswiss. Zentrum</i>	Deutsche Amerikabilder. Vorträge, Diskussionen, Filmbeiträge	<i>Weiterdenken</i> in der Heinrich-Böll-Stiftung, Schützengasse 18, Tel: (0351) 4943311, Fax: (0351) 4943411; Förderverein Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, Volkshochschule Leipzig, eMail: info@weiterdenken.de , Homepage: www.weiterdenken.de
30.1.–1.2.2003, <i>Berlin: Freie Universität Berlin</i>	Minorities in Greece – historical issues and new perspectives	Veranstalter: Dr. Sevasti Trubeta (TRUBETA.SEVASTI@BERLIN.DE), Dr. Christian VOSS (CHRISTIAN.VOSS@GESCHICHTE.UNI-FREIBURG.DE) Ort: FU Clubhaus (Goethestraße 49, 14163 Berlin, U-Bahn "Krumme Lanke") Teilnahme nur nach Voranmeldung
Febr. 2003	Trauma und Therapie von Kindern Fortbildungsveranstaltung	Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden - IMK e.V. / Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. Auskunft und Anmeldung über: IMK e.V., Gudrun Mathes, Postfach 200 738, 53137 Bonn, 0228/36 28 02, Fax: 0228/ 36 32 97
3.2.2003 <i>Berlin</i>	Hartmann Tyrell (Bielefeld) Protestantische Missionsgesellschaften Kolloquium	Freie Universität / Institut für Ethnologie, Drosselweg 1, 14195 Berlin Tel. (030) 838-56725
5.2.2003 18h c.t. <i>Bielefeld</i>	Thomas Diez (University of Birmingham) Die Europäische Union und die Transformation von Grenzkonflikten durch Integration und Assoziation	Vortrag beim Institut für Weltgesellschaft, Universität, Universitätsstraße 25, Tel. (0512) 106-4227, http://www.uni-bielefeld.de/soz/iw/index.html
6.2.2003 <i>Karlsruhe</i> <i>Forum A, Geb. 30.95, Straße am Forum</i>	Abschlußpodium der Vortragsreihe "Die (zu) offene Gesellschaft?", in der Aspekte des Verhältnisses zwischen Sicherheitsbedürfnis und Demokratie behandelt wurden, mit: Generalbundesanwalt Kay Nehm und Prof. Barbara John, Berlin	Zentrum für angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale 76128 Karlsruhe, Kaiserstraße 12, Tel. (0721) 608-4384, Fax (0721) 608-4811 zak@zak.uni-karlsruhe.de
7.–9.2. 2003 <i>Berg-Leoni</i>	Opfer oder Täter? Der Nahostkonflikt in der politischen Debatte	Europäische Akademie Bayern, Hirtenstr. 16, 80335 München, Tel. (089) 54 91 41 0; Fax (089) 54 91 41 9; info@europaeische-akademie.de ; Kosten 70 € – 96 €.

7.-9.2. 2003 <i>Kochel am See</i>	Demokratie lernen heißt ... – Mediation als Ansatz zur Konfliktlösung	Georg-von-Vollmar-Akademie, Schloß Aspenstein, Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See, Tel. (08851) 78-0 eMail: vollmar-akademie@t-online.de http://www.vollmar-akademie.de
10. – 12.02.2003 <i>Akademie Loccum</i>	Was geht uns die Globalisierung an? Wo liegen die Probleme, wo die Chancen der Globalisierung? Welche Akteure und Interessen beeinflussen ihren Verlauf? Sind wir auf dem Weg in eine politisch gestaltete Weltgesellschaft?	Evangelische Akademie Loccum, Andrea Grimm, Münchehäger Straße 6, 31547 Rehburg-Loccum, Tel: (0 57 66) 81-0, Fax: (0 57 66) 81-9 00 eMail: Andrea.Grimm@evlka.de Eine Anmeldung ist erforderlich.
11.2.2003 <i>Berlin</i>	Gewissensfreiheit und Glaubensgehorsam. Eine Herausforderung für Christen und Muslime (Akademieabend mit Ismet Misirlioglu und Dr. Ernst Pulsfort)	Katholische Akademie Berlin Hannoversche Str. 5 Tel. (030) 2830 95 0, www.katholische-akademie-berlin.de
13.-15. 2.2003 <i>Potsdam</i>	Mediation und Konfliktmanagement 2002/2003 Zertifizierte Weiterbildung für MitarbeiterInnen und Führungskräfte aus Verwaltung und Bildungseinrichtungen	Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit der Gesellschaft für Konfliktmanagement und Mediation, Berlin Info: Christa Heinrich, Tel. (0331) 580 24 30, Fax (0331) 580 24 39, eMail: cheinr@fh-potsdam.de
14. – 16.2.2003 <i>Karlsruhe</i>	"7. Karlsruher Gespräche" Mobilität in der globalisierten Welt	Zentrum für angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale: Chris Gerbing; 76128 Karlsruhe, Kaiserstraße 12, Tel. (0721) 608-4384, Fax (0721) 608-4811 zak@zak.uni-karlsruhe.de ; siehe: N2/02-4
14. – 16.2.2003 <i>Berg-Leoni</i>	Interkulturelle Kommunikation: Fremde(s) verstehen. Verständnis- und Interpretationshilfen für Alltagssituationen	Europäische Akademie Bayern, Hirtenstr. 16, 80335 München, Tel. (089) 54 91 41 0; Fax (089) 54 91 41 9; info@europaeische-akademie.de ; Kosten 70 € – 96 €.
14. – 16.2.2003 <i>Tegernsee</i>	Der Osten "ante portas": Die EU-Erweiterung und ihre sozialen und politischen Aspekte	Europäische Akademie Bayern, Hirtenstr. 16, 80335 München, Tel. (089) 54 91 41 0; Fax (089) 54 91 41 9; info@europaeische-akademie.de ; Kosten 67 € – 87 €.
18.2.2003 <i>Saarbrücken</i>	Fremde Kulturen ganzheitlich erleben: Afrika in der Grundschule Fortbildung für Lehrer, Lehrerinnen an Grundschulen, Sekundarstufe und Schulen für Behinderte	Landesinstitut für Pädagogik und Medien 66125 Saarbrücken, Beethovenstr. 26 Tel. (06897) 790 81 22 eMail: lpm@pegasus.lpm.uni-sb.de http://www.lpm.uni-sb.de
20.2.2003, 19:00 <i>Berlin</i>	Christlich-Buddhistischer Dialog: Wie wollen wir Frieden? (Akademieabend mit Joh. Litsch und Dr. Ernst Pulsfort)	Katholische Akademie Berlin in Zusammenarbeit mit der Buddhistischen Akademie Brandenburg, Hannoversche Str. 5, Tel. (030) 2830 95 0, www.katholische-akademie-berlin.de
20.2.2003 <i>München Neue Messe Konf.R. KA.5</i>	1.Deutscher Reiseleitertag Qualität und Qualifizierung der Reiseführung in Deutschland und Europa	Organisation: araka Tel. (089) 7 43 44 60, Fax (089) 7607686 Info: Verband der Reiseleiter... Welslerstr. 15, 81371 München, Tel. (089) 74 31 61 66, Fax (089) 74 31 61 65, mobil (0173) 563 50 13, eMail: info@reiseleiterverband.de

20.–23.3.2003 <i>Amsterdam</i>	Stadtentwicklung in den Niederlanden. Studienprojekt Einkaufszentren, Freizeit- und Kultureinrichtungen als Antriebskräfte der Revitalisierung? Was läßt die Architektur in den Niederlanden so ambitioniert erscheinen?	Thomas-Morus-Akademie Dr. Wolfgang Isenberg, Tel. (02204) 408472 Fax . (02204) 408420; eMail: akademie@tma-bensberg.de; www. tma-bensberg.de. Teilnahmekosten 815 € (3 Übernachtungen)
21.–23.2.2003 <i>Berlin</i>	Kriege im 21. Jahrhundert. Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt Tagung	Evangelische Akademie Charlottenstr. 52/54, 10177 Berlin, Tel. (030) 20355-500 eMail: akademie@eaberlin.de http://www.eaberlin.de
24. –26.2.2003 <i>Bad Liebenzell</i>	EU-ropa "Begreifen" lernen: Methodentraining für alle Interessierten aus Schule und politischer Bildung	Europäische Akademie Bayern, Hirtenstr. 16, 80335 München, Tel. (089) 54 91 41 0; Fax (089) 54 91 41 9; info@europaeische-akademie.de; Kosten 50 €.
7.–9.3.2003 <i>Rehburg-Loccum</i>	Lateinamerika und Europa. Die Perspektive der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen	Ev.-luther. Marahrens Heimvolkshochschule 31547 Rehburg-Loccum, Tel. (05766) 96090 eMail: info@hvhs-loccum.de http://www.hvhs-loccum.de
8.–11. 3.2003 <i>Potsdam</i>	Mediation und Konfliktmanagement 2002/2003 Zertifizierte Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Führungskräfte aus Verwaltung und Bildungseinrichtungen	Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit der Gesellschaft für Konfliktmanagement und Mediation, Berlin Info: Christa Heinrich, Tel. (0331) 580 24 30, Fax (0331) 580 24 39, eMail: cheinr@fh-potsdam.de
10.–11.3.2003 <i>Saarbrücken</i>	Mediation — Konflikte konstruktiv bearbeiten. Seminar für Lehrer und Lehrerinnen	Landesinstitut für Pädagogik und Medien 66125 Saarbrücken, Beethovenstr. 26 Tel. (06897) 790 81 22 eMail: lpm@pegasus.lpm.uni-sb.de http://www.lpm.uni-sb.de
10.–12.3.2003 <i>Weilburg</i>	XenoNet - Interkulturelles Training für Lehrerinnen und Lehrer	Hessisches Landesinstitut für Pädagogik, Geschäftsstelle 35781 Weilburg, Frankfurterstr. 20-22, Tel. (06471) 328112
10.–12.3.2002 <i>Bad Boll</i>	Schule — multikulturell oder multireligiös Tagung für Religionslehrer und Religionslehrerinnen	Ev. Akademie 73087 Bad Boll, Marianne Gaissert, Tel. (07164) 79-242; eMail: marianne.gaissert@ev-akademie-boll.de http://www. ev-akademie-boll.de
18.–20.3.2003 <i>Bonn</i>	Afrika-Tage Veranstaltung mit dem Ziel, das politische und gesellschaftliche Interesse an Afrika zu stärken und das "neue Denken in Afrika" transparent zu machen	Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149 53175 Bonn, Tel. (0228) 8830 http://www.fes.de
19. 21. 3. 2003 <i>Köln</i>	Konflikt ist nicht gleich Konflikt — Konfliktlösung in fremden Kulturen Für Fachkräfte, die im Bereich von Konfliktsituationen arbeiten	AGEH-Ag für Entwicklungshilfe e.V., Postfach 210128, 50527 Köln, Tel. (0221) 8896-222; Fax (0221) 8896-100; eMail: Personalentwicklung@ageh.org
3.-5. 4.2003 <i>Potsdam</i>	Mediation und Konfliktmanagement 2002/2003 Zertifizierte Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Führungskräfte aus Verwaltung und Bildungseinrichtungen	Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit der Gesellschaft für Konfliktmanagement und Mediation, Berlin Info: Christa Heinrich, Tel. (0331) 580 24 30, Fax (0331) 580 24 39, eMail: cheinr@fh-potsdam.de
23. – 25.5.2003 <i>Berg-Leoni</i>	Der Kampf der Kulturen: Perspektiven im Alltag und in der internationalen Politik	Europäische Akademie Bayern, Hirtenstr. 16, 80335 München, Tel. (089) 54 91 41 0; Fax (089) 54 91 41 9; info@europaeische-akademie.de; Kosten 76 € – 104 €.

<p>6.-8. 5.2003 <i>Potsdam</i></p>	<p>Mediation und Konfliktmanagement 2002/2003 Zertifizierte Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Führungskräfte aus Verwaltung und Bildungseinrichtungen</p>	<p>Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit der Gesellschaft für Konfliktmanagement und Mediation, Berlin Info: Christa Heinrich, Tel. (0331) 580 24 30, Fax (0331) 580 24 39, eMail: cheinr@fh-potsdam.de</p>
<p>25.5.–25.8.2003 <i>Berlin</i></p>	<p>Idee Europa. Entwürfe zum "Ewigen Frieden" Ordnungen und Utopien für die Gestaltung Europas von der pax Romana bis zur EU</p>	<p>Ausstellung in der neuen Ausstellungshalle von I.M.Pei: Deutsches Historisches Museum</p>
<p>19.-21.6.2003 <i>Osnabrück</i></p>	<p>Paths of Integration: similarities and differences in the settlement process of immigrants in Europe, 1880 – 2000</p>	<p><u>Veranstalter:</u> Institut für Migration und Interkulturelle Studien (IMIS), Center for the History of Migrants (CGM), University and Intern. Institute of Social History (IISH); Klaus J.Bade, Jochen Oltmer, Leo Lucassen eMail: joltmer@ometecutli.rz.uni-osnabrueck.de l.lucassen@hum.uva.nl http://www.imis.uni-osnabrueck.de</p>
<p>15.–18.06.2003 <i>Jyväskylä</i></p>	<p>UNESCO Conference on Intercultural Education Teaching and Learning for Intercultural Understanding, Human Rights and a Culture of Peace <i>You are cordially invited to come to share and discuss your ideas about, problems with and expertise in the issues of equity, social justice, conflict resolution and democracy</i></p>	<p><u>Veranstalter:</u> Institute for Educational Research, University of Jyväskylä in cooperation with UNESCO <u>Kontakt:</u> Conference Secretariat and Office Ms Pirjo-Leena Pitkänen, UNESCO 2003 Conference Jyväskylä Congresses, PO Box 212FIN-40101 Jyväskylä, Finland; Fax: (+358 14) 339 8159; eMail: pirjo-leena.pitkanen@jyvaskylaan.com</p>
<p>26.-28. 6.2003 <i>Ludwigsburg</i></p>	<p>(XIX. Jahreskolloquium des Deutsch-Französischen Institutes Ludwigsburg) <i>Gérer la diversité culturelle – Kulturelle Vielfalt gestalten.</i> La recherche franco-allemande et la pratique dans le domaine de la communication interculturelle. Deutsch-französische Forschung und Praxis im Bereich interkultureller Kommunikation</p>	<p>Kontakt und CFP: Mme Isabelle Villegas (villegas@dfi.de) <i>Les séances de travail seront divisées en quatre sections parallèles : 1. Les cultures administratives, 2. Les cultures d'entreprise, 3. La compétence interculturelle, 4. "Négociation" - un thème transversal.</i> Deutsch-Französisches Institut, Asperger Str. 34, D – 71634 Ludwigsburg, Tel.: (+49 7141) 93 03 0, Fax: (+49 7141) 93 03 50, eMail: info@dfi.de</p>
<p>26.-28. 6.2003 <i>Potsdam</i></p>	<p>Mediation und Konfliktmanagement 2002/2003 Zertifizierte Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Führungskräfte aus Verwaltung und Bildungseinrichtungen</p>	<p>Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit der Gesellschaft für Konfliktmanagement und Mediation, Berlin Info: Christa Heinrich, Tel. (0331) 580 24 30, Fax (0331) 580 24 39, eMail: cheinr@fh-potsdam.de</p>
<p>21.7. – 3.8.2003 <i>Teterow / Neu Sammit</i></p>	<p>Europäische Jugendwochen</p>	<p>Veranstalter: Katholische Akademie Berlin und Thomas-Morus-Bildungswerk Info: Tel. (030) 2830 95 0, www.katholische-akademie-berlin.de</p>
<p>4.-6.9.2003 <i>Frankfurt a. M.</i></p>	<p>Europa Gestalten II: Expansionen in der Frühen Neuzeit Interdisziplinäres Symposium</p>	<p>Joh.-Wolg.-Goethe-Universität / Zentrum zur Erforschung der Frühen Neuzeit, Dr. Gisela Engel, Robert-Mayer-Str. 1, 60054 Frankfurt, Tel.: (069) 798-23282, Fax: (069) 798-25122, eMail: g.engel@em.uni-frankfurt.de</p>

12.-15. 9.2003 <i>Hirschluch bei Berlin (Jugendzentrum)</i>	Dritte Internationale und Interdisziplinäre Konferenz der Afrikanischen Christlichen Diaspora in Europa "The Berlin-Congo Conference 1884 – The Partition of Africa – and Implications for Christian Mission Today"	Council of Christian Communities of an African Approach – Conseil des Communautés Chrétiennes d'Expression Africaine. (CCCAAE), Missionsakademie an der Universität Hamburg, Humboldt-Universität Berlin, Universität Rostock Kontakt: Antje.Meier@rz.hu-berlin.de Siehe: N1/02-2 sowie K2/02-4
Sept. 2003 oder November 2003 <i>Berlin (siehe unten)</i>	SSIP-Jahrestagung Polen und Deutsche im Gefüge der Ökonomie. Identitäten und interkulturelle Verständigung im Wirtschaftsleben	in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. D. Flader (Berlin-FU / Warschau). Info: SSIP-Geschäftsstelle Elisabeth Kallenbach (030) 554 96 940, SSIP-Vorstand (030) 85 10 33 90
15.-19.9.2003 <i>Wien</i>	8th International Conference 2003: Gaining from migration A Global Perspective on Opportunities for Economic and Social Prosperity.	Veranstalter: <i>Metropolis International Project</i> , Kontakt: Hans Jürgen Tempelmayr, Stadt Wien (Head Unit for Integration, BLI), Rathaus: A-1082 Wien, Tel.: (+431) 4000 81434, Fax: (+431) 4000 99 81434 Eine Anmeldung ist erforderlich.
17.-19.11.2003 <i>Remscheid</i>	interkultur lernen. Gemeinsame Veranstaltung mit der Konferenz zentraler Fortbildungsinstitutionen für Jugendarbeit und Sozialarbeit.	Veranstalter: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Am Stockborn 1-3, 60439 Frankfurt/Main, Tel: (069) 95 807 - 228, Fax: (069) 95 807 - 188 Eine Anmeldung erforderlich. Kosten 300 €.

.....**Die nächste SSIP-Tagung**.....

Polen und Deutsche im Gefüge der Ökonomie
Identitäten und interkulturelle Verständigung im Wirtschaftsleben
September 2003

Einführung

I. Geschichte und Gegenwart

1. Genese und Wirksamkeit von Konfliktlagen zwischen Polen und Deutschland
2. Die Aktualität von Problemen interkultureller Verständigung in der Arbeitswelt
3. Deutsche in Polen – Polen in Deutschland: Arbeitswelten

II. Kulturen und Identitäten

1. „Kultur“ und „Identität“ — „kultura i „tożsamość“
 - a. Nationalkultur — Regionalkultur
 - b. Organisationskulturen zwischen Nation und Region, zwischen Branche und Profession
polnische Gewerkschaften
Vereine
 - c. Firmenidentität — nationale Identität — globale Identität ?
2. Identität und Wahrnehmung (Probleme der Perspektivität)

- a. Kulturelle Einstellungen und Stereotypen in Abhängigkeit von sozialen und historischen Konstellationen
 - b. Recht und Rechtssystem
 - c. Technik Technik und Moderne/Technokratie in Deutschland und Polen
3. Kulturelles Kommunikationssystem in Organisationen und Hindernisse interkultureller Kommunikation
- a. Kommunikative Stile als kulturelle Stile in der internationalen Wirtschaftskommunikation" – Bereich Marketing – auch bezogen auf Homepages
 - b. Sprachliche Höflichkeit — universelle Maxime, kulturspezifische Normen

III. Projekte und Zukunft

- 1. Interkulturelle Konfliktmediation in Grenzregionen am Beispiel FFO / Lubice
- 2. Die bisherige Förderung der interkulturellen Kommunikation
- 3. Polen in der EU

Hilfe

Wer von den Mitgliedern kann helfen?

Wir haben diese Tagung in Zusammenarbeit mit einem Hochschullehrer / Privatdozenten an der Freien Universität bzw. der Universität Warschau geplant. Er hatte fest zugesagt, für die Finanzierung zu sorgen; dies noch zuletzt in gemeinsamer Sitzung im Herbst 2002. Wir haben uns seit Ende 2001 um die Referenten und die inhaltliche Ausrichtung der Tagung gekümmert. Jetzt, wo dringend die Finanzierung in trockenen Tüchern kommen muß, hat sich unser "Mitreiter" schnöde und wortlos davongeschlichen. Wer von unseren Mitgliedern kann uns einen Weg zu einem Sponsor bahnen? Tagungskonzept und -programm liegen vor; die Referenten haben zugesagt. Es könnte losgehen. Zweckdienliche Angaben bitte an die eMail: ekallenbach@web.de

.....Auch das noch.....

Nachlese zu Weihnachten: Nicht "Fest der Freude", sondern "Fest der Toleranz"!

Wer hat Informationen? Wir wissen nicht, ob in dem italienischen Dorf Biella im vergangenen Jahr wieder keine Weihnachtslieder gesungen wurden. Im örtlichen Kindergarten war Weihnachten 2001 beobachtet worden, daß die muslimischen Kinder schweigend in der Ecke saßen, wenn die katholischen ihre vertrauten christlichen Lieder sangen. Um jenen keinen Anlaß zu Traurigkeit zu geben, hatten die Kindergärtnerinnen angeregt, daß statt fragwürdiger Weihnachtslieder nur Lieder, in denen von Toleranz die Rede war,

gesungen werden sollten. Während Eltern, die mit linken Parteien sympathisierten, das neue Erziehungskonzept gefiel, kämpfte die rechte Opposition im Stadtrat für das christliche Liedgut.

Im lombardischen Telgate war man noch einen Schritt weiter gegangen. Hier entschied der Stadtrat, daß in öffentlichen Gebäuden und auf den Plätzen der Stadt keine Krippen oder Weihnachtsbäume aufgestellt werden sollten. Stattdessen wollte man mit den nicht-christlichen Bürgern ein "Fest der Toleranz" feiern.

Quelle: Der Tagesspiegel Berlin (Thomas Migge 16.11.01) / elk / AT (ID109)

Entschuldigung für falsche Silbentrennungen! MICROSOFT WORD ist gegenüber der alten wie der neuen Rechtschreibung eigensinnig.

Wir können dieses Heft nicht dicker machen. 20 Seiten sind die Obergrenze des erreichbaren Seitenumfanges — keineswegs etwa, weil es uns an Nachrichten mangelte. Nein; aber solange wir mit MICROSOFT WORD arbeiten, müssen wir dauernd mit Fehlfunktionen und Programmabbrüchen zurecht kommen. Das *layout* der *Mitteilungen* scheint für WORD zu kompliziert. In extremer Form mußten wir das in den vergangenen zehn Tagen erleben. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte dieses Heft Ende Januar bei unseren Mitgliedern sein können.